

Baugenossenschaft Bad Saulgau eG

Pfarrstr. 7, 88348 Bad Saulgau

Tel.: 07581 - 4838-0; Fax: 07581 - 4838-20

Informationspflicht gemäß Artikel 13 DSGVO Beschäftigung von Mitarbeitern

Datenschutzbeauftragter:

Ein Datenschutzbeauftragter ist aufgrund unserer Unternehmensgröße derzeit nicht bestellt.

Zweckbestimmung der Datenverarbeitung

Anbahnung und Durchführung von Beschäftigungsverhältnissen

1. Bearbeitung der Bewerbung für eine Arbeitsstelle
2. Bei erfolgreicher Bewerbung Abwicklung des Arbeitsverhältnisses:
 - 2.1. Gehaltszahlung
 - 2.2. Abführung der Lohnsteuer- und Sozialabgaben
 - 2.3. Führung der Personalakte

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtfertigung

1. Vertrag Arbeitsvertrag, Anbahnung Arbeitsvertrag
2. Gesetz Arbeitszeitgesetz, Betriebsverfassungsgesetz, Steuer- und Sozialversicherungsgesetz, Buchhaltungspflicht nach HGB und Steuergesetz

Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

1. Intern
 - Geschäftsführung
 - Weitere Abteilungen des Unternehmens, die mit der Verarbeitungstätigkeit bzgl. der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertragsverhältnis beauftragt sind
 - Aufsichtsrat im Rahmen seiner Überwachungspflichten bzw. von diesem beauftragte Sachverständige Dritte
 - Datenschutzbeauftragter
2. Extern
 - IT-Dienstleister bzw. Softwaresystemhäuser für EDV-Anwendungen (z. B. externe IT-Administration, ERP-Systemhersteller, etc.)
 - Steuerberater, Verbandsprüfer, Berater
 - Gläubiger des Beschäftigten bei vorliegenden Pfändungs- und Überwachungsbeschlüssen, Dienstleister für die Lohnabrechnung
3. Ämter und Behörden (sofern Daten auf gesetzliche Grundlagen angefordert werden bzw. bereitzustellen sind)
 - Sozialversicherungsträger
 - Finanzbehörden
 -

Geplante Datenübermittlung in Drittstaaten

Es erfolgt keine Übermittlung in Staaten außerhalb der EU und dies ist auch nicht geplant.

Nach Artikel 13 ABS. 2 DSGVO zur Verfügung zu stellende Informationen	
1. Betroffenenrechte	Sie haben das Recht auf 1.1. Auskunft über Ihre gespeicherten und verarbeiteten personenbezogenen Daten 1.2. Berichtigung Ihrer hinterlegten personenbezogenen Daten 1.3. Löschung Ihrer nicht mehr benötigten Daten 1.4. Einschränkung der Nutzung Ihrer Daten 1.5. Widerspruch (speziell bei zuvor gegebenen Einwilligungen) 1.6. Datenübertragbarkeit
2. Speicherdauer	2.1. Daten auf Grund von Vertragsanbahnung werden gelöscht, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluss kommt und gesetzliche Aufbewahrungs- bzw. Nachweisfristen der Löschung nicht entgegenstehen. 2.2. Während des bestehenden Vertragsverhältnisses erfolgt die Speicherung nach den gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften. 2.3. Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses erfolgt die Löschung nach Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsvorschriften bzw. zum Nachweis des Beschäftigungsverhältnisses und bestehender Rentenansprüche im Interesse des Arbeitnehmers ggf. auch bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter.
3. Widerruf der Einwilligung	Erfolgt die Speicherung Ihrer Daten auf Grund Ihrer Einwilligung, können Sie die Einwilligung widerrufen. Die Speicherung Ihrer Daten erfolgt in der Regel auf vertraglicher Grundlage bzw. auf Grund einer Vertragsanbahnung. Eine Einwilligung liegt in solchen Fällen nicht vor.
4. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde	4.1. Gemäß Artikel 77 DSGVO haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO oder das BDSG verstößt. 4.2. Beschwerden richten Sie bitte an Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Heilbronner Str. 35 70173 Stuttgart Telefon: 0711/6155410 E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de
5. Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten und die Folge der Nichtbereitstellung	Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Durchführung des Vertragsverhältnisses erforderlich bzw. wir sind gesetzlich verpflichtet, diese Daten zu erheben. Ohne diese Daten können wir den Vertrag nicht abschließen oder durchführen. Soweit gesetzliche Verpflichtungen zur Erhebung dieser Daten bestehen (Sozialversicherung, Steuern), würden wir einen Gesetzesverstoß begehen, der ggf. straf- oder bußgeldbewehrt wäre.
6. Automatische Entscheidungsfindung	Eine automatisierte Entscheidungsfindung erfolgt nicht.